# Netzwerk Friedenssteuer

Infostelle
NETZWERK FRIEDENSSTEUER
Wichernstr. 9
5650 Solingen 1

Tel. 0212-591648

## 10 Jahre Friedenssteuer / Kriegssteuerverweigerung in Deutschland

Samstag, 6. März 1993

**Heidelberg**

Merianstr. 1

17 Uhr Gespräch und Austausch, 20 Uhr:

**Abendveranstaltung**

Rückblick, musikalische und kabarettistische Beiträge

Sonntag, 7. März: Wanderung

Näheres (auch Übernachtungsmöglichkeiten und weitere Beiträge, Anmeldung und weitere Information) bei : Wolfgang Krauß, Hauptstr. 86, 6919 Bammental, Tel. 06223 / 47791

**Zur Diskussion:**

**********

## Out-of-area = out-of-mind?

Jahrzehntelang wurde von den "Verantwortlichen" immer wieder betont, daß die Bundeswehr eine reine Verteidigungsarmee sei, die nur zur Vertreidigung unserer Grenzen (oder der unserer "Verbündeten") unterhalten werde.
Jetzt - nach dem Wegfall der angenommenen realen Bedrohung aus dem Osten - wollen diese "Verantwortlichen" das Grundgesetz so abändern, daß die Bundeswehr überall in der Welt eingesetzt werden kann. Dort kann aber nicht unser Land verteidigt werden, dort würde höchstens unser Reichtum auf Kosten der anderen Menschen "verteidigt".
Viele unserer MitbürgerInnen waren wohl in all den Jahren damit einverstanden, für eine reine Verteidigungsarmee zu bezahlen; jetzt aber, wo die Armee zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen eingesetzt werden könnte, müßten alle diese Menschen nicht mehr willens sein, ihre Kriegssteuern weigerungslos zu bezahlen. Stehen wir vor einem neuen Boom bei der Kriegssteuerverweigerung?!
Was meint Ihr?
K.H.

**********

## Weniger Kriegssteuern durch einfacheren Lebensstil

Kriegssteuerverweigerung
mal ganz legal

Politik und Militär sind darauf eingerichtet, die Bundeswehr für sogenannte friedenserhaltende und friedensschaffende Maßnahmen in alle Welt zu schicken. Notwendig ist allenfalls eine "klarstellende" Grundgesetzänderung.
Die Bundeswehr wird zwar auf 370000 Mann verkleinert, dafür werden einzelne Truppen aber immer mobiler und flexibler, um sie international einsetzen zu können. Die Waffenentwicklung und -anwendung beruht immer mehr auf Hochtechnologie und ist extrem kostspielig.
Der Verteidigungshaushalt für 1993 beträgt 50,1 Mrd. DM (nach NATO-Kriterien sogar 65.71 Mrd. DM), obwohl der "Feind", der Warschauer Pakt, nicht mehr existiert.

Und was tun wir dagegen konkret?
Selbst die aktiven KriegssteuerverweigererInnen haben bekanntlich dem Finanzamt letztlich das Geld nicht vorenthalten können. Die Finanzbehörden haben die offenen Beträge gepfändet oder mit Steuerguthaben verrechnet.
Dabei können wir dem Staat Steuern auch ganz legal vorenthalten, ohne daß wir dabei Not leiden müßten oder uns strafbar machten:

* JedeR abhängig Beschäftigte oder selbstständig Schaffende kann durch Spenden an vom Finanzamt als förderungswürdig anerkannte Einrichtungen (z.B. Friedens-, öko- oder soziale Initiativen) sein/ihr Steueraufkommen mindern.

* Die Erwerbsarbeit sollte auf das zum Leben Notwendige eingeschränkt werden. In der frei werdenden Zeit kann mensch z.B. an selbst gewählten oder organisierten Projekten mitarbeiten.

* Wer bereit ist, ganz einfach zu leben, braucht u.U. gar keine Lohn- oder Einkommensteuer zu bezahlen. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Herbst 1992 muß der Grundfreibetrag, der nicht versteuert wird bei KleinstverdienerInnen zumindest das Existenzminimum abdecken, das sollen bei Ledigen 12000 und bei Verheirateten 19000 DM im Jahr zuzüglich persönlicher Freibeträge sein. Wer also - nach Abzug sonstiger Freibeträge - ein steuerpflichtiges Einkommen in Höhe oder unter diesen Werten hat, ist von der Lohn- und Einkommensteuer befreit - ein legaler Weg zur Kriegssteuer-"Verweigerung".

Weitere Auskünfte bei:
Ursula Löw, Kopernikusstr. 53, 4000 Düsseldorf 1

**********
Zur Diskussion um den Vorschlag der ev. Kirche von Berlin-Brandenburg (s. NA 7):

## Ziviler Friedensdienst und Internationale Friedensbrigaden

Im Herbst 92 schrieben Werner Hufer und Ulrike Laubenthal im Auftrag des Vorstandes der "Peace Brigades, Deutscher Zweig", Engerserstr. 74a, 545o Neuwied, an die Kirchenleitung in Berlin. Ich möchte zur weiteren Anregung unserer Diskussion einige Sätze aus dem Brief unkommentiert zitieren: "Seit 11 Jahren leistet unsere Organisation internationale gewaltfreie Friedensdienste in Konfliktsituationen...(Wir haben uns) nie als eine Alternative zum Militärdienst verstanden..., sondern von einem völlig anderer Ausgangspunkt aus, aus der Tradition Gandhis und aus der Sorge über die Verletzung der Menschenrechte, über das Fehlen Sozialer Gerechtigkeit und Selbstbestimmung...Wir glauben, daß gemeinsames gewaltfreies Handeln im Sinne von Satyagraha, dem "Festhalten an der Wahrheit", nur möglich ist im Rahmen von Gruppen oder Organisationen, die selber gewaltfrei organisiert sind. Staaten dagegen sind in der Regel hierarchisch aufgebaut und wenden in vielen Bereichen Gewalt an. Ein weiterer Nachteil staatlicher Friedensbemühungen ist, daß Staaten zumeist selbser ganz entscheidende Anteile an Konflikten, auch in fremden Ländern, haben und deshalb immer im Verdacht stehen, ihre eigenen Machtinteressen zu verfolgen. So sind lange Konsultationen und diplomatische Prozesse nötig, bis staatliches Eingreifen in Konflikte in anderen Ländern möglich wird...
Eine verbindliche Verpflichtung zu gewaltfreiem Handeln kann unseres Erachtens nur jeder und jede für sich selbst spüren, sie kann nicht durch Gesetz geschaffen werden...
Unsere Arbeit und unsere Hoffnung richtet sich nicht auf die Verteidigung bestehender Ordnungen, sondern auf ihre Veränderung...Ein gerechter Friede kann nach unserem Verständnis nicht darauf beruhen, daß "Störenfriede" mit nichtgewaltsamen und gewaltsamen Machtmitteln davon abgehalten werden, eine bestehende Ordnung zu durchbrechen. Vielmehr müssen nach unserem Verständnis gerade den Schwachen, den Benachteiligten, denen, die unter ungerechten Strukturen leiden, gewaltfreie Mittel an die Hand gegeben werden, auf eine Veränderung dieser Strukturen hinzuarbeiten...
Methoden unterhalb der Schwelle der Gewalt, die lediglich niedrigere Stufen einer eskalierbaren Machtausübung durch ein wirtschaftlich starkes Deutschland sind, haben mit unserer Vision von Gewaltfreiheit wenig gemeinsam...
PBI liegen zur Zeit Anfragen für neue Projekte in acht Ländern vor. Unsere Kapazitäten an Freiwilligen und finanziellen Mittelns sind aber sehr begrenzt." Bei der Rückfrage, ob wir aus dem Brief zitieren dürfen, erfuhr ich, daß PBI sehr unter Geldmangel leidet: PBI e.V., Kto. 200105, Spark. Neuwied (57450120)
R.E.

## Vom Netzwerkrat

Wer ist bereit, für mindestens ein Jahr im Netzwerkrat mitzu-arbeiten? (Vgl. NA Nr. 6: Was ist der Netzwerkrat?)
Auf den nächsten Regionaltreffen werden die neuen RegionalsprecherInnen gewählt! Oder findet in deiner Region gar kein Regionaltreffen statt?? Wie wär's, eins zu organisieren? Wir (die Infostelle und der Arbeitsschwerpunkt Basisarbeit) unterstützen Dich dabei.

**********

## Neuer Arbeitsschwerpunkt: Vernetzung?

Ich schlage vor, die Arbeitsschwerpunkte Basisarbeit und Internationales aus personellen und inhaltlichen Gründen in einen Arbeitsschwerpunkt "Vernetzung" zusammenzufassen. Die beiden ASP werden sowieso von Klaus "betreut", und die anderen ASP und die Kontaktpersonen und Gruppen machen natürlich auch Basisarbeit (was zu Mißverständnissen führte). Eine spätere Auffächerung wäre jederzeit wieder möglich. R.E.

## Aus den Regionen

**********
WEST:
nächstes Treffen 20.3.93 in Leverkusen. SprecherIn für die Region West: Dorothea Kötter, Burgstr. 97a, 5300 Bonn 2, Tel.: 0228/355289
Axel Jassoy, Prinz-Georg-Str. 92, 4000 Düsseldorf-Kaisers-werth, Tel. 0211/466983

**********
NORD:
Frühjahrstreffen bei den Regionalsprechern erfragen!!!
Bernd Abesser, Am Steinbruch 12, 3000 Hannover 91, Tel. 0511/444003
Dedo v. Krosigk, Querstr. 9, 3000 Hannover 81, 0511/830759 (13017 d.)

**********
SÜDWEST:

**Vom 26. bis 27.3.1993 (19-19 Uhr) findet in der Akademie Hohenwarth bei Pforzheim eine Tagung zum Thema "Steuern zu Pflugscharen" mit Herrn Reuter von der FEST und M.Arnold vom Netzwerk Friedenssteuer statt.**

Kontakt (auch für Übernachtungen von Samstag auf Sonntag): Dieter Hemminger, Turnstr. 13, 7536 Ispringen b. Pforzheim, Tel. 07231/89408

Wer ist bereit, 1993 ein unabhängiges Regionaltreffen Süd-west zu organisieren und/oder die Region im Netzwerkrat zu vertreten? Bitte bei R. Egel oder Dedo v. Krosigk melden!

**********
OST:
Termin des Frühjahrstreffen bitte erfragen bei:
Regionalsprecherin: Sabine Eckert, Grüntaler Str. 14, 1000 Berlin 65, 030/ 4948714
Leipzig:
Am 6.2.93 fand in der Leipziger Nikolaikirche das erste Treffen "Steuern zu Pflugscharen" statt. 14 TeilnehmerInnen unterschrieben eine Eingabe an die Synode, wollen die Gruppe vergrößeren und weitere Schritte, auch als Selbständige, beim Finanzamt tun. Die Gruppe ist offen als Kontaktgruppe für das Netzwerk Friedenssteuer.
**Nächstes Treffen: 1.4.93 bei Mathias Förtsch, Kreuzstr. 2, 0341-204194**

**********
SÜD:
Bei der 2. Reginalversammlung Süd des Netzwerks Friedenssteuer waren am 14.11.92 elf Personen nach Nürnberg gekommen. Anschließend fand eine öffentliche Veranstaltung zum Thema: "Krieg braucht Geld-Neue Rüstungsprojekte verzehren unsere Steuergelder" mit Prof. Dr. Erich Schmidt-Eenboom statt, an der 42 Personen teilnahmen. Über das Treffen gibt es ein ausführliches Protokoll. Die Frühjahrsversammlung soll voraussichtlich in Augsburg stattfinden. Näheres bei:
SprecherInnen der Region Süd:
Brigitte Janus, Untere Krämergasse 18, 8500 Nürnberg 1, 0911/243870
Siegfried Laugsch, Gudrunstr. 33, 8500 Nürnberg 45, Tel.: 0911/4304 /238/9, priv: 0911/397851

## Aus den Arbeitsschwerpunkten

**********
BASISARBEIT:

### Eine neue Region Ost?

Immer mal wieder kommt auch eine Anfrage aus Leipzig, Chemnitz, Dresden usw. Es ist klar, daß für InteressentInnen aus den Neuen Bundesländern der Weg nach Berlin oder gar nach Hannover oder Nürnberg zu weit ist. Wir denken daher an eine Region Ost unseres Netzwerkes. (Vielleicht kann sich Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit den Namen "Region Nordost" anfreunden?!) Zuvor ist es notwendig, mit den (potenitellen) MitstreiterInnen dort persönlichen Kontakt aufzunehmen; das soll in der Jahresmitte 93 erfolgen. Wer ist daran interessiert aus diesem Bereich? Bitte melden bei:
Kontaktperson des ASP Basisarbeit: Klaus Hecker, Pfr. Dorn Str. 18, 6500 Mainz 32, Tel.06131-368411
**********

**********

RECHTSWEGE:

## Verfassungsgerichts-Aktion hat schnelle Handlungsfähigkeit des Netzwerks bewiesen

Am 1. 11. 92 erfuhr ich, daß ich "einen Vorschuß von 1000 DM auf eine ... mögliche Gebühr zu entrichten" habe, wenn ich meine Verfassungsbeschwerde nicht zurücknehme.
Am Freitag, den 6. 11., wurden etwa 800 Aktionsbriefe vom Netzwerk Friedenssteuer verschickt. Am Montag trafen bereits die ersten Rückmelde-Postkarten ein, jeden Tag wurden es mehr. Am Mittwoch telefonierte das Gericht mit meinem Rechtsanwalt, die Aktion solle gestoppt werden. Als ich dies am Donnerstag erfuhr, waren bereits 124 Rückmeldungen über mehr als 2200 DM bei mir angekommen. Uns ist nicht daran gelegen, das Bundesverfassungsgericht lahmzulegen, sondern es sollte ein deutliches Zeichen gesetzt werden. Dieses saß bereits. Ich schrieb ans Netzwerk, die Aktion zu stoppen, und informierte das Gericht darüber, während täglich ungefähr 50 Rückmeldungen über zusammen jeweils etwa 900 DM eintrafen. Viele schrieben, wenn der Betrag nicht reichen sollte, seien sie bereit, mehr an die Gerichtskasse zu zahlen. Grüne, rote, orange, gelbe und graue Postkarten zeigten, daß die Aktionsmaterialien von weiteren Stellen selbständig kopiert oder gedruckt und weiter verbreitet wurden, obwohl das Netzwerk nicht dazu aufgerufen hatte.
Vom Netzwerk wurden viele Funk- und Presse-Organe informiert. Die Reaktion war etwas dünn: taz, Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt und FR brachten etwas.
Etwa 20 Personen schickten mir Kopien von eigenen Briefen an Richter Kirchhof. Bei Pax Christi, den Quäkern und der Ev. Gesellschaft Stuttgart wurden zusammen über 100 Unterschriften gesammelt, die Pax-Christi-Delegierten-Versammlung verabschiedete eine Solidaritätsadresse, auch an Politiker und die Verfassungskommission gerichtet, in der sie Zivilen Ungehorsam als prophetisches Zeichen bezeichnete. Auch die Stuttgarter Versöhnungsbund-Gruppe und das ökumenische Netz Württemberg wandten sich mit eigenen Briefen an das höchste deutsche Gericht, Rückmeldungen kamen weiterhin aus Italien, Belgien, England, Luxemburg und von den Gruppen der dänischen und der niederländischen ("BWD") MilitärsteuerverweigererInnen. Etwa 15 Personen forderten die Dokumente des Gerichtsstreits an.
Über 450 Personen meldeten, insgesamt 6876,20 DM nach Karlsruhe überwiesen zu haben, davon 35 Personen je 50 DM und 7 je 100 DM; fast ein Drittel der RückmelderInnen hatte vom Netzwerk keinen Aktionsaufruf bekommen.
Ich war überwältigt von diesem unerwarteten Echo. (Ich habe eine entsprechende Summe für Friedensarbeit im ehemaligen Jugoslawien überwiesen, um deutlich zu machen, daß die Aktion nicht zu meinen "Gunsten" war.)

Die Aktion hat gezeigt:
Das Netzwerk Friedenssteuer ist aktionsfähig. - Mehr als jeder Dritte vom Netzwerk Informierte hat sich an der Aktion beteiligt: MilitärsteuerverweigererInnen sind nicht nur Nachrichten-Konsumenten, sondern zum Tun motiviert. - Einige sind selbständig aktiv geworden, bringen Erfahrungen und Möglichkeiten politischer Basisarbeit mit. - Etliche sind in ihrem Engagement zu hohem Einsatz bereit. - Viele "Neue" handelten solidarisch: Im Umfeld der Aktiven gibt es Sympathisanten, die aktionsbereit sind; d.h. in der Friedensbewegung wird Militärsteuerverweigerung von vielen zustimmend geachtet und wohl auch selbst erwogen.
Faktoren, die das Mitmachen gefördert haben, sind vermutlich:
Eine unangemessen hart wirkende Reaktion staatlicher Stellen dramatisiert und löst leicht Empörung aus, die zum Handeln bewegen kann.* - Ich bin als Militärsteuerverweigerer relativ bekannt, nun mir in der Rolle des "Verfolgten" Solidarität zu zeigen, liegt also relativ nahe. - Die Aktion war neuartig, reizvoll. Es bleibt zu fragen, wie weit bei Einzelnen der antiautoritäre Zug der Aktion gegenüber dem "ehrwürdigen" Gericht eine Rolle gespielt haben mag, und ob das dem Ziel unserer Aktionen föderlich ist oder nicht.
Wie geht es weiter?
Vom Gericht kam keine neue Reaktion. Es muß sich wohl mit der Sache befassen. Und das Geld? Wieviel das Gericht behält, hängt von der "möglichen Gebühr" ab, die es verhängen kann (ist noch nicht beschlossen). Wenn es über die 1000 DM hinaus eine "Mißbrauchsgebühr" (maximal 5000 DM) verhängen sollte, was m.E. rechtlich nicht möglich ist, so wäre diese

Summe auch bereits bezahlt. Eine Gebührenentscheidung ist frühestens zu erwarten, wenn beschlossen ist, ob die Beschwerde angenommen wird oder nicht. Das nicht in Anspruch genommene Geld gehört natürlich den EinzahlerInnen.
Eine gute Aktion (nur die Presse war enttäuschend). Nutzen wir unsere Möglichkeiten, vielleicht sind es mehr, als wir ahnen.
Martin Arnold

---

* Literaturempfehlung: Bill Moyer: Aktionsplan für soziale Bewegungen, MAP, Ein strate-gischer Rahmenplan erfolgrei-cher sozialer Bewegungen; Kas-sel Weber, Zucht, 1989, 10 DM

**********

## Friedenskonto überzeugte Gericht mehr als Erlaß oder Stundung

Ein Bericht über meine Verhandlung vor dem Finanzgericht Rheinland-Pfalz in Neustadt a.d. Weinstraße am 20.1.1993

Mein Antrag forderte die Benennung eines Kontos, für das sichergestellt ist, daß das Geld nicht für Rüstung und Krieg benutzt wird, hilfsweise Erlaß nach § 227 AO, hilfsweise Stundung nach § 222 AO. Ich hatte für die Verhandlung eine Erklärung vorbereitet, die aber dadurch überflüssig wurde, daß der Berichterstatter des Gerichts einen langen, äußerst positiven Bericht über die Sachlage gab, der weitgehend der Begründung meines Antrags (und somit auch meiner vorgesehenen Erklärung) folgte. Daraufhin fand eine etwa halbstündige Diskussion statt, in der der Vorsitzende auch über den Stand des Gesetz-Entwurfs im Bundestag fragte. Das Gericht war beeindruckt, als ich mehrere Zitate aus dem Bundestags-Protokoll vom 14.1.93 vorlesen konnte (u.a. die Tatsache, daß das Gesetz in 2. Lesung abgelehnt wurde). Detailfragen über die teilweise Steuerbefreiung der Friedenskirchen (Quäker und Mennoniten) in den USA konnte ich nur zum Teil beantworten...
Insgesamt verlief die ganze Verhandlung in einer angehem freundlichen Atmoshäre, die von einem breiten Verständnis für mein Anliegen getragen war.
Leider konnte sich das Gericht nicht zu einer Überweisung an das Bundesverfassungsgericht durchringen. Somit wurde mein Hauptantrag wegen fehlender Rechtsgrundlage, die Hilfsanträge unter Bezug auf das BFH-Urteil vom 6.12.91 abgelehnt.
Der gesamte Text der Erklärung (2 Seiten) ist gegen Rückumschlag erhältlich bei:
Klaus Hecker, Pfr. Dorn Str. 18, 6500 Mainz 32

Kontaktperson für den Arbeitsschwerpunkt Rechtswege ist: Walter Schönfeld, Hoheluftchaussee 58, 2000 Hamburg 20, Tel. 040/4202088, FAX: 4205186

**********

GESETZESINITIATIVE:

Liebe Friedenssteuer-Traum-GefährtInnen,
es wird Zeit für einen neuen **"BERICHT AUS BONN"**. Der Rechtsausschuß des Bundestages hat den "Entwurf eines Gesetzes zur Befreiung von Militärsteuern" in seiner Sitzung vom 25.11.92 beraten und den Gesetzentwurf abgelehnt. Einem Antrag auf Ansetzung einer Anhörung wurde nicht stattgegeben. Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses wurden von Dr. Rupert Scholz (CDU) und Dr. Jürgen Schmude (SPD) als Berichterstatter vorgelegt.
Die 2. Lesung im Bundestag fand am 14.1.93 zu späger Abendstunde statt. Um dem Thema wenigstens noch ein gewisses Medienecho zu verschaffen, luden wir am Vormittag des gleichen Tages zu einer Pressekonferenz ein. Das Echo der JournalistInnen war zahlenmäßig gering, was z.T. auch den "heißen" Themen der seinzerzeitigen Bonner Tagespolitik ("Asyl-Kompromiß", "Solidar-Pakt" etc.), lag. Immerhin ergaben sich unter uns Teilnehmern ergiebige Kontaktgespräche. Zudem war besonders das Zeichen wichtig, daß MdB Dr. Konrad Elmer und MdB Peter Conradi mit ihrer Anwesenheit beim Pressegespräch setzten: Unser Anliegen gewinnt Befürworter auch in der SPD-Fraktion.

Die abendliche Aussprache im Parlament enthielt wiederum (wie schon bei der ersten Lesung am 21.2.91) beachtliche Redebeiträge. Eine am Vormittag bei den Befürwortern des Gesetzentwurfes kurz aufgeflammte Hoffnung, wegen der späten Stunde eventuell einen "Überaschungs-Coup" bei der Abstimmung landen zu können, erfüllte sich leider nicht. Wir hatten nachmittags noch extra per FAX 40-50 potentiell sympathisierende Abgeordnete um Teilnahme an der Abstimmung gebeten. Zum vorrangeheden Tagesordnungspunkt hatte aber die SPD namentliche Abstimmung beantragt, und so war das Plenum besser besucht, als wir (in diesem speziellen Falle) erhofft hatten. Die Ablehnung erfolgte dann, wie das Protokoll vermehrkt, "mit einer erhoblichen Zahl von Gegenstimmen aus unterschiedlichen Fraktionen".
Wie kann es nun auf dem parlamentarischen Weg weitergehen?
Auf jeden Fall geschieht das weitere Vorgehen in Absprache mit Günter Saathoff, Büro MdB Ingrid Köppe (Bündnis 90/Die Grünen). In der SPD-Fraktion wird abgeklärt, wie das weitere Vorgehen dort aussehen kann. Ein Versuch über den Petionsausschuß wird eingeleitet; dagegen bestehen keine realen Chancen über die "Gemeinsame Verfassungskommison" (Zweidrittel-Mehrheit"!).
Auf jeden Fall muß unser Anliegen im 13. Deutschen Bundestag (ab 1995) zum vierten Mal wieder auf dem Tisch liegen.
Weitere Informationen zum Thema (Plenar-Protokoll, Beschlußempfehlung Rechtsausschuß, Aufsatz MdB Dr. Jürgen Schmude und/oder Änderungsantrag Dr. W. Ullmann) gegen Einsendung eines DIN-A4-Rückumschlags (Porto 1,- DM) bei Günther Lott.

*»General, der Mensch ist sehr brauchbar. Er kann fliegen, und er kann töten. Aber er hat einen Fehler: Er kann denken.«*

(Bert Brecht aus: »Deutsche Kriegsfibel« 1938)

Nun noch 2 Leckerbissen aus der Bundestagsdebatte vom 14.1.93 über den Gesetzentwurf zur "Befreiung von Militärsteuern aus Gewissensgründen":

**********

**Gewissensentscheidung?**
**-so 'n Quatsch!**

"In einer repräsentativen Demokratie entscheidet das Parlament und niemand anderes über die Verwendung der Steuermittel...Es kann nicht sein, daß (jemand) Dinge, für die er keine Mehrheiten bekommt, zu Gewissensfragen erklärt."
Burkhard Zurheide FDP

"Sie werden (das Bestimmungsrecht für ihr Steuergeld) nicht bekommen und all die vielen anderen auch nicht, die jeweils ihre Gewissensbedenken gegen bestimmte Vorhaben der Allgemeinheit haben. Denn die geltend gemachten Gewissensentscheidungen lassen sich (nicht) auf Ernsthaftigkeit nachprüfen..." Dr. Jürgen Schmude, SPD

**********

**Deutscher Michel, schlafe gut!**

"Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Nichtannahmeentscheidung gesagt, dem einzelnen Steuerzahler sei seine Verantwortlichkeit, also seine Gewissensentscheidung, durch die staatliche Ausgabeentscheidung genommen. Die Ausschußmehrheit hat gesagt, die moralische Verantwortlichkeit des Bürgers sei auf die Mitwirkung an der demokratischen Willensbildung begrenzt. Ich halte das für obrigkeitsstaatlich. Herr Kollege Schmude, das heißt doch: Du, deutscher Michel, schlafe gut und sei friedlich; deine Gewissensprobleme nimmt dir dein Parlament schon ab."
Peter Conradi, SPD

Zum Schluß eine Buchempfehlung:
Rolf Winter: WER, ZUR HöLLE, IST DER STAAT ? (1992)

Kontaktperson für den Arbeitsschwerpunkt Gesetzes-initiative: Günther Lott, Hauptstr.1a, 6914 Rauenberg, Tel: 06222/62726
FAX 06222/62702

**********

STEUERN ZU PFLUGSCHAREN:

## In Berlin tut sich was!

Die Berlin-Brandenburgische Gruppe hat auf einen Brief an alle Gemeinden und Mitarbeiterschaften bereits 17 Anfragen bekommen, z.B. nach Mithilfe bei Veranstaltungen zum Militärsteuerboykott. Sie verschickt auch eine Infomappe: "Militärsteuerverweigerung aus Gewissensgründen" (für 10 DM bei. Ev. Akademie, Goethestr. 26-30, 1000 Berlin 12).
Am 8. Mai 1993, 14 Uhr, findet (wahrscheinlich in Ostberlin) eine große Forumsveranstaltung der Berlin-Brandenburgischen Ev. Landessynode über theologische Aspekte und juristische/politische Möglichkeiten zur Militärsteuerverweigerung statt.

**********

## Steuerverweigerung nun auch Thema in einer Katholischen Akademie

Zum erstenmal hat eine Katholische Akademie in der Bundesrepublik das Thema Militärsteuerverweigerung diskutiert. Am 9. und 10. Januar 1993 fand in Mönchengladbach ein Seminar unter dem Titel "Man übt nicht mehr für den Krieg" (Jes.2,4) - Militärsteuerverweigerung?" statt. Die Bischöfliche Akademie im Bistum Aachen hatte Wolfgang Bock eingeladen, seine Thesen aus dem Gutachten der FEST zu referieren; Wolfgang Bock hatte darin den Standpunkt bezogen, unter gegenwärtigem Recht gebe es keine Möglichkeiten für die Militärsteuerverweigerung. Gegenpart war Richter Dr. Paul Tiedemann, der die Verweigerung von Steuerzahlungen aus Gewissensgründen durch das Grundgesetz begründet sieht. Eine ethische Bewertung aus katholischer Sicht wurde von Manfred Esmajor (Pax Christi) vorgenommen. Das geplante Streitgespräch mit einem Vertreter der katholischen Amtskirche kam jedoch leider nicht zustande. Sieben angefragte Referenten sahen sich aus den unterschiedlichsten Gründen nicht in der Lage, die Position der offiziellen Kirche einzubringen. Das Seminar wird in einer Broschüre dokumentiert, die bei Pax Christi Aachen, Klosterplatz 7, 5100 Aachen bezogen werden kann.

Kontaktperson für den Arbeitsschwerpunkt "Steuern zu Pflugscharen":
Martin Arnold, Neißestr. 4, 4300 Essen 1, Tel. 0201/255282

## NACHRICHTEN AUS DER INOFSTELLE

**********

## Seit 2 Jahren im Umlauf?

Anfang des Jahres erhielten wir folgenden Brief: "Sehr geehrte Damen und Herren, Ihr **Stempel auf einem 100 DM-Schein** ("Kein Geld für Krieg") hat mir gefallen und mich neugierig gemacht, welche Vorschläge Sie haben, das auch durchzusetzen..." (Die Stempel sind leider seit über einem Jahr vergriffen.)

Diesen NACHRICHTEN liegt eine neue Bestelliste bei und für die, die die NACHRICHTEN 93 noch nicht bestellt haben, eine Antwortkarte. Einfacher gehts nicht mehr!
Die NACHRICHTEN Nr. 9 (mit einem Bericht vom Jubiläum!!) werden dann spätestens Mitte Mai bei Euch eintreffen.
**-Redaktionsschluß für die nächsten NACHRICHTEN ist der 24. April 1993.**

Während Ihr die NACHRICHTEN in den Händen haltet, befinden sich Ursula Löw und Klaus Hecker (der die Nachrichten noch mitverfaßt hat) bereits in Kroatien zu einem Hilfseinsatz. Wir wünschen ihnen und Euch allen, die Ihr jetzt engagiert seid gegen die schrecklichen Folgen des Krieges, viel Kraft und gutes Gelingen!

Reinhard Egel (verantwortlich) und Katharina Johanning (Versand)